



Bundesministerin für
Frauen, Familie, Integration und Medien

bundeskanzleramt.gv.at

MMag. Dr. Susanne Raab
Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration
und Medien

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2023-0.155.328

Wien, am 24. April 2023

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Ecker, MBA, Kolleginnen und Kollegen haben am 24. Februar 2023 unter der Nr. **14280/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Vertragsverletzungsverfahren zur Richtlinie zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern (2011/93/EU)“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 7:

1. Wurden bisher Maßnahmen in Österreich getroffen, um die EU-Richtlinie 2011/93/EU in nationales Recht umzusetzen?
 - a. Wenn ja, welche?
 - b. Wenn nein, warum nicht?
2. Reagierte Österreich auf das Aufforderungsschreiben der EU-Kommission vom 10. Oktober 2019?
 - a. Wer reagierte darauf?
 - b. Wie lautete die Antwort?
 - c. Wenn nein, warum nicht?

3. *Gibt es triftige Gründe seitens Österreich, die Richtlinie 2011/93/EU nicht umzusetzen?*
 - a. *Wenn ja, welche?*
4. *Welche gesetzlichen Maßnahmen werden - die in der Zuständigkeit Ihres Ressorts liegen - urgiert, um die Mindestvorschriften der Richtlinie 2011 /93/EU in Österreich umzusetzen?*
5. *War Ihrem Ressort bekannt, dass Österreich in Bezug auf die Umsetzung der Richtlinie 2011 /93/EU säumig ist?*
 - a. *Waren Sie eingebunden?*
6. *Was wurde seitens Ihres Ressorts in Bezug auf die Säumigkeit in der Umsetzung der Richtlinie 2011 /93/EU getan?*
 - a. *Sind Sie eingebunden?*
7. *Welche Konsequenzen zieht ein Vertragsverletzungsverfahren für Österreich nach sich?*

Ich ersuche um Verständnis, dass diese Fragen nach den Bestimmungen des Bundesministeriengesetzes 1986 in der nunmehr geltenden Fassung, BGBl. I Nr. 98/2022, im Zusammenhang mit der EntschlieÙung des Bundespräsidenten gemäß Art. 77 Abs. 3 B-VG, BGBl. II Nr. 3/2022 nicht Gegenstand meines Vollziehungsbereiches sind und somit nicht beantwortet werden können.

Darüber hinaus darf ich auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 14279/J vom 24. Februar 2023 durch die Bundesministerin für EU und Verfassung verweisen.

MMag. Dr. Susanne Raab